
Handelsblatt

Handelsblatt print: Nr. 178 vom 15.09.2020 Seite 008 / Politik

30 JAHRE EINHEIT

Ostdeutsche Wirtschaft holt nur langsam auf

Stolz sein auf das Erreichte sollen die Deutschen in Ost und West am 30. Jahrestag der Wiedervereinigung. Doch können sie es wirklich sein? Ökonomen ziehen ein gemischtes Fazit.

Dietmar Neuerer, Donata Riedel Berlin

Marco Wanderwitz sieht die Lage im wiedervereinigten Deutschland vor allem positiv. Ein wenig natürlich ist das der Jobbeschreibung des sächsischen CDU-Bundestagsabgeordneten geschuldet: Als Ostbeauftragter der Bundesregierung muss und will er mit den Stärken des Wirtschaftsstandorts werben. Aber nicht nur, denn aktuell häufen sich die guten Wirtschaftsnachrichten für den Osten.

Pünktlich zum 30-jährigen Einheitsjubiläum am 3. Oktober tun sich neue Chancen für die neuen Bundesländer auf: Tesla baut am strukturschwachen Ostrand Berlins eine riesige Fabrik für Elektroautos. Der Chemiekonzern BASF errichtet eine Produktionsstätte für Batterieteile in Brandenburg, und der Batteriehersteller CATL siedelt sich in Thüringen an. "Die Ansiedlungen neuer Fabriken bestätigen, dass wir in den neuen Ländern auf dem richtigen Weg sind", sagt Wanderwitz dem Handelsblatt.

Der Strukturwandel hin zu Elektromobilität und erneuerbaren Energien kann dem Osten tatsächlich wirtschaftlich nutzen, beobachtet auch der Ökonom Joachim Ragnitz, der beim Ifo in Dresden den ostdeutschen Aufholprozess analysiert. "In der Autoindustrie beobachte ich, dass sich die Autobauer und ihre Zulieferer schneller auf Elektromobilität einstellen als im Westen", sagt er dem Handelsblatt. "Und natürlich gibt Tesla neuen Schwung für die Region östlich von Berlin."

Zu den guten Nachrichten aus dem vergangenen Jahr zählt auch, dass die Solarindustrie bei Bitterfeld einen neuen Anlauf starten will und dass das Braunkohlerevier Lausitz für den Kohleausstieg sehr viel Geld für den Strukturwandel bekommt. Allerdings bemängelt Ragnitz, dass in der Lausitz für dieses Geld bislang noch die Ideen fehlten. Wanderwitz wiederum sieht zudem bei Windkraft und Wasserstoff Chancen für den Osten.

Doch auch wenn sich die Aussichten für die Wirtschaft im Osten aufgehellt haben: Die Lage im Ost-West-Vergleich hat sich kaum geändert. Der alljährliche Bericht des Ostbeauftragten zur Deutschen Einheit, den das Kabinett an diesem Mittwoch verabschiedet, zeigte zuletzt wenig Aufholtendenzen - 30 Jahre Wiedervereinigung hin oder her. Die Abstände bei wichtigen Kennziffern haben sich im vergangenen Jahrzehnt kaum noch verändert.

Der Osten hat zwar seit 2009 eine gute Wirtschaftsentwicklung genommen - der Westen aber auch. Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) pro Kopf Ost verharret daher ausweislich des Einheitsberichts bei 73 Prozent West. Vor 30 Jahren allerdings hatte es nur 37 Prozent betragen. Die Zeitreihen zeigen: Bis Mitte der Nuller-Jahre legte die Ost-Wirtschaft kräftig zu, seither wuchs sie fast parallel zum Westen. Das, so Ragnitz, ist auch in Corona-Zeiten so. Um weiter beim Bruttoinlandsprodukt pro Einwohner aufzuschließen, müsste die Ost-Wirtschaft mehrere Jahre deutlich höhere Wachstumsraten aufweisen als der Westen. Das sei ziemlich unrealistisch, sagt Oliver Holtemöller, Vizepräsident des Instituts für Wirtschaftsforschung Halle (IWH).

Denn dass Regionen relativ zum Bundesdurchschnitt deutlich aufholten, sei im Osten wie im Westen die Ausnahme, sagt Holtemöller dem Handelsblatt. Beobachten lässt sich das auch im Ruhrgebiet. Die meisten Regionen hielten in etwa ihre relative Position über Jahrzehnte, so der Wissenschaftler. Holtemöller findet allerdings, dass das BIP pro Kopf ein schlechter Indikator sei, um den Aufholprozess zu beschreiben. "Für die Menschen sind andere Indikatoren wie die verfügbaren Einkommen oder die Lebenserwartung wichtiger", sagt er. Und diese Indikatoren liegen fast gleichauf mit dem Westen.

Wichtig für die meisten Bürger ist auch die Entwicklung am Arbeitsmarkt: Die hat sich in den vergangenen zehn Jahren erheblich verbessert. Lag die Arbeitslosenquote Ost 2009 noch bei 13 Prozent, so hat sie sich bis 2019 auf 6,5 Prozent halbiert. Im Westen allerdings ist Arbeitslosigkeit schon länger kein großes Problem mehr: Die Arbeitslosenquote von 6,9 Prozent im Jahr 2009 sank auf 4,7 Prozent.

Zum alljährlichen Zwar-Aber des Einheitsberichts gehört auch, dass die Wirtschaftskraft im Osten zwar nahe am EU-Durchschnitt liegt, dass die Lage auch besser ist als in vielen Regionen Frankreichs und Großbritanniens und auch deutlich besser als in Polen - aber eben auch: Kein Bundesland des Ostens ist so wirtschaftsstark wie die schwächsten West-Bundesländer.

Dieses Muster gilt jedoch nicht für die Städte. Ifo-Präsident Clemens Fuest hält daher wenig davon, alle Jahre wieder Ost- und Westdeutschland pauschal gegenüberzustellen. "Vor allem die ländlichen Räume in Ostdeutschland leiden unter schwacher

Wirtschaftsentwicklung und der Abwanderung junger Menschen", sagt er. Auch Ragnitz hält die Stadt-Land-Unterschiede für wesentlicher als das West-Ost-Gefälle. "Die großen Städte im Osten haben das Potenzial, zum Westen aufzuschließen", betont er und nennt Berlin und sein Umland, Jena, Dresden und Leipzig Halle.

Damit der Aufschwung sich dort weiter festigt, rät der Ökonom dem Bund und den Ländern, Forschungseinrichtungen gezielt in diesen Städten anzusiedeln. "Dem Land Sachsen würde ich empfehlen, die Idee aufzugeben, Forschungseinrichtungen partout in Görlitz oder Hoyerswerda ansiedeln zu wollen. Die meisten Forscher wollen da nicht hin", sagt er. Kompetenzpartner für Forscher gebe es aber in Leipzig und Halle, in Jena und Dresden.

Der Tag der Deutschen Einheit dürfte also nicht nur wegen Corona verhalten gefeiert werden. Im Grunde war dies auch vor 30 Jahren schon so: Nachdem sich im Juli 1990 die Noch-DDR-Bürger über die Einführung der D-Mark gefreut hatten, zeichnete sich im Oktober ab, dass die Ost-Wirtschaft auf dem Weltmarkt zunächst nicht konkurrenzfähig sein würde. Hinzu kamen Fehler der damaligen Bundesregierung: Anfangs sollten Betriebe an Alteigentümer zurückgegeben werden, die mit ihnen oft nichts anfangen konnten. Zudem wurden Firmen Betriebsmittelkredite aus DDR-Zeiten als Altschulden aufgebürdet. Auch wenn manche der Anfangsfehler bald korrigiert wurden: Der Schaden war da bereits eingetreten. Die Deindustrialisierung bis 1993 in der ehemaligen DDR war im Vergleich zu Ländern wie Polen, Tschechien oder Ungarn beispiellos. Zwei von drei Industriearbeitsplätzen gingen verloren. Gemessen daran ist der Aufholprozess seither eine ebenso beispiellose Erfolgsgeschichte.

Eine Erfolgsgeschichte mit einem sehr großen Aber: Für viele der Älteren im Osten überwiegt bis heute die verletzende Abstiegs Erfahrung aus den 1990er-Jahren. Die Zustimmung zur Marktwirtschaft, zur Demokratie und zu den Institutionen ist daher bis heute geringer als im Westen.

Zwar ist die Abwanderung aus dem Osten seit einigen Jahren gestoppt. Aber weil die Bevölkerung im Osten wegen der Abwanderung junger Leute in den 1990er-Jahren schneller gealtert ist als im Westen, bräuchten die neuen Länder mehr Zuwanderung als der Westen. "Das größte Zukunftsproblem im Osten ist der Arbeitskräftemangel", sagt Ragnitz und betont: "Der Osten braucht daher das am dringendsten, was die Leute hier am wenigsten wollen: massive Zuwanderung."

Kasten: ZITATE FAKTEN MEINUNGEN

6,5 Prozent betrug die Arbeitslosenquote in Ostdeutschland 2019. Das ist eine Halbierung gegenüber dem Wert von 2009.

Quelle: Bericht zur Deutschen Einheit

Neuerer, Dietmar
Riedel, Donata

Der Westen eilt voraus

Bruttoinlandsprodukt
pro Kopf in Euro



HANDELSBLATT Quellen: VGRdL, Agentur für Arbeit

Handelsblatt Nr. 178 vom 15.09.2020
© Handelsblatt Media Group GmbH & Co. KG. Alle Rechte vorbehalten.
Zum Erwerb weitergehender Rechte wenden Sie sich bitte an nutzungsrechte@vhb.de.

Quelle: Handelsblatt print: Nr. 178 vom 15.09.2020 Seite 008


Ressort: Politik

Dokumentnummer: C7D3A632-064F-4306-85DB-8CF93941644F

Dauerhafte Adresse des Dokuments:

https://www.wiso-net.de/document/HB_C7D3A632-064F-4306-85DB-8CF93941644F%7CHBPM_C7D3A632-064F-4306-85DB-8CF93941644F%7CHBPM

Alle Rechte vorbehalten: (c) Handelsblatt GmbH

 © GBI-Genios Deutsche Wirtschaftsdatenbank GmbH